

CDU-Finanzpolitik in Thüringen ist gescheitert

Erfolg für die SPD-Fraktion: Nach einem Urteil des Thüringer Verwaltungsgerichtes muss der kommunale Finanzausgleich in Thüringen neu geregelt werden.

Der Thüringer Verfassungsgerichtshof bestätigt die Position der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag: Der Umgang der CDU-Landesregierung mit den Thüringer Städten, Kreisen und Gemeinden ist in weiten Teilen verfassungswidrig. Christoph Matschie, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, fordert von der Regierung Althaus deshalb eine „Generalrevision der Finanzpolitik in Thüringen“.

„Die CDU-Finanzpolitik ist gescheitert. Das höchste Thüringer Gericht bestätigt, dass die Landesregierung mit ihrer bisherigen Praxis bei der Finanzausstattung der Kommunen gegen die Verfassung verstößt“, fasst Matschie das von der SPD-Landtagsfraktion erstrittene Urteil zusammen.

Für Matschie ist jetzt eine grundsätzliche Neuordnung der Finanzpolitik des Landes und der Finanzausstattung der Kommunen notwendig: „Wenn wir diesen Auftrag des Verfassungsgerichtes ernst nehmen wollen, führt kein Weg daran vorbei, auch die Frage der notwendigen Verwaltungs- und Gebietsreform mitzudenken.“ In seinen Augen ist die angemessene Reaktion auf die umfangreiche Kritik des Verfassungsgerichtes am bestehenden Finanzausgleich, jetzt die notwendigen Aufgaben der unterschiedlichen Ebenen zu analysieren und für eine angemessene Struktur zu sorgen. Erst wenn Verwaltungsaufbau und Gebietsgröße geklärt sind, kann sinnvoll



über die zukünftige Finanzausstattung entschieden werden, so der SPD-Fraktionsvorsitzende.

„Das Urteil aus Weimar bedeutet, dass wir in der Enquete-Kommission zur Zukunft der Verwaltungs- und Gebietsreform zügig arbeiten müssen. Bis zum 31. Dezember 2007 erwartet das Gericht, dass der kommunale Finanzausgleich in zentralen Punkten korrigiert ist. Bis dahin müssen auch die Festlegungen zum künftigen Verwaltungsaufbau und zukunftsfähige Gebietsgrößen getroffen sein“, so Matschie.

„In den Gemeinden und Städten entscheidet sich die Lebensqualität. Aber nur mit stabilen Strukturen und ausreichender Finanzausstattung können die Kommunen ihre Aufgaben erfüllen. Nur so bleibt genug übrig, um Sportvereine, Jugendclubs und soziales Miteinander lebendig zu halten“, so Matschie.

KOMMENTAR

Urteil von Weimar gibt Richtung vor

Das Weimarer Urteil ist eine Ohrfeige für den bisherigen Umgang der Landesregierung mit den Kommunen. Gleichzeitig bestärkt es uns in unserer immer wieder geäußerten Kritik am Kurs der Regierung: Die Kommunen sind weder Melkkühe, noch kann man ihnen immer neue Aufgaben ohne ausreichenden Ausgleich aufbrummen. Schließlich hat sich die Landesregierung mit ihrer unsoliden Finanzpolitik in ein finanzielles Desaster manövriert. Um das Maß voll zumachen, hat Althaus, entgegen vorheriger Ankündigungen, im vergangenen Jahr rückwirkend über den kommunalen Finanzausgleich in die Kassen der Kommunen gegriffen und sich bedient: 35 Millionen Euro hat die Regierung auf diese Art und Weise ergaunert.

In unmittelbarem Zusammenhang mit dem Urteil von Weimar steht deshalb unsere Forderung nach einer zügigen Verwaltungs- und Gebietsreform. Nur sie - und nicht die von Althaus handwerklich schlecht gemachte Behördenstrukturreform - kann die nötige finanzielle Entlastung für das Land und damit die Kommunen bringen. Im Herbst nimmt die von uns ins Leben gerufene Enquete-Kommission ihre Arbeit auf: Hinter dem komplizierten Namen „Zukunftsfähige Verwaltungs-, Gemeindegebiets- und Kreisgebietsstrukturen und Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen“ verbirgt sich die Antwort der SPD-Fraktion auf das Weimarer Urteil: Jetzt handeln, um das Land fit für die Zukunft zu machen. An der Mitarbeit der CDU in der Kommission wird man sehen, wie ernst es der Mehrheitsfraktion mit der Sorge um Thüringen tatsächlich ist.

CHRISTOPH MATSCHIE, Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion für
Mindestlohn.

Seite 2

Anhörung zu
„Familienoffensive“.

Seite 3

Neuer Anlauf für „Mehr Demokratie“

SPD-FRAKTION WILL MEHR MITBESTIMMUNG FÜR BÜRGER AUF KOMMUNALER EBENE

Das Bündnis für „Mehr Demokratie in Thüringen“ ist zurück: Gemeinsam mit der SPD-Fraktion will es für mehr direkte Demokratie auf kommunaler Ebene sorgen. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sollen künftig leichter möglich sein.

Den Erfolg des letzten Bündnisses vor Augen, wo mittels Volksbegehren ein Mehr an direkter Demokratie auf Landesebene in der Verfassung verankert wurde, soll nun am damaligen Erfolg angeknüpft werden. „Die Menschen müssen ganz direkt, vor Ort, zum Funktionieren der Demokratie beitragen können“, sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Matschie in seinem Grußwort bei einem gemeinsamen Symposium Anfang Juli. Letztendlich gehe es um eine Vertrauensfrage - nämlich darum, mehr Vertrauen in die Demokratie zu wagen.



Auf großes Interesse stießen die Ausführungen der Redner beim Symposium für mehr Demokratie auf kommunaler Ebene.

Ralf-Uwe Beck, der Sprecher des Bündnisses für „Mehr Demokratie in Thüringen“ und Motor sämtlicher Aktivitäten, sagte, dass es um eine lebendigere Praxis direkte Demokratie auf Gemeindeebene gehe. Die Thüringer Kommunalordnung sehe nämlich durchaus Bürgerbegehren und Bürgerentscheide vor - leider sei Thüringen im Ländervergleich Schlusslicht bei der Anwendung. Gerade einmal

10 Bürgerbegehren seien in den zurückliegenden Jahren beantragt worden, zwei Drittel davon seien für unzulässig erklärt worden. Ausnahmsweise lohne hier der positive Blick ins benachbarte Bayern: Seit Einführung der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene im Jahr 1995 seien dort mehr als 1000 Bürgerbegehren gestartet worden. Für Thüringen schlägt das Bündnis für „Mehr Demokratie in Thüringen“ folgende Reformen vor: Senkung der Hürden, Reduzierung des so genannten Negativkatalogs so wie einfachere Verfahrensregeln. Einen entsprechenden Gesetzentwurf wollen die beiden Oppositionsfraktionen von SPD und PDS gemeinsam erarbeiten und ins Plenum einbringen. Zwei Monate sind für die Erarbeitung in etwa vorgesehen. Die CDU übrigens übte sich trotz erfolgter Einladung zum Symposium in Zurückhaltung: Wie schon in den Anfängen beim zurückliegenden Volksbegehren.

wie einfachere Verfahrensregeln. Einen entsprechenden Gesetzentwurf wollen die beiden Oppositionsfraktionen von SPD und PDS gemeinsam erarbeiten und ins Plenum einbringen. Zwei Monate sind für die Erarbeitung in etwa vorgesehen. Die CDU übrigens übte sich trotz erfolgter Einladung zum Symposium in Zurückhaltung: Wie schon in den Anfängen beim zurückliegenden Volksbegehren.

Konzept für Kultur ist ohne Vision

Völlig unzureichend ist nach Ansicht von SPD-Kulturpolitiker Hans-Jürgen Döring das von Kultusminister Jens Goebel (CDU) vorgestellte Landeskulturkonzept. Das Papier lasse ein langfristig angelegtes kulturpolitisches Leitbild vermissen, das die einzelnen Kultursparten angemessen berücksichtige und sie in ein größeres Ganzes integriere. Daher sei unklar, wohin sich das Kulturland Thüringen in den kommenden Jahren bewegen solle. Dass Goebel die Entwicklung einer derartigen konzeptionellen Vision nicht als Aufgabe der Landesregierung betrachte, sei ein Armutszeugnis. „Wenn so etwas nicht die Regierung in die Hand nehmen will, wer soll es denn dann tun?“, fragte Döring. Der Kulturpolitiker kritisierte zudem das Vorgehen der Regierung in der Theater- und Orchesterfrage. Die Verhandlungen mit den Trägern über deren Förderung nach 2009 hätten gerade erst begonnen, öffentlich werde aber schon jetzt mit dem Abdrehen des Geldhahnes gedroht.

Thüringen darf kein Niedriglohnland bleiben

PILGER FORDERT EINFÜHRUNG VON MINDESTLÖHNNEN

Die Tatsache, dass Thüringen Schlusslicht bei den Löhnen im Vergleich der Bundesländer ist, ist für den arbeitsmarktpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Walter Pilger, ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit eines existenzsichernden Mindestlohnes. Der nach Angaben des statistischen Landesamtes erzielte Durchschnittslohn in Thüringen von brutto 1846 Euro sei Beleg dafür, dass sich Tausende von Arbeitnehmern mit Stundenlöhnen um 4 Euro und damit mit Monatslöhnen von weit unter 1000 Euro zufrieden geben müssten. „Das sind Hungerlöhne, von denen niemand seine Existenz und die seiner Familie bestreiten kann“, sagte Pilger heute mit dem Verweis auf eine entsprechende Agenturmeldung. Eine klare Absage erteilte Pilger in diesem Zusammenhang der These, dass niedrige Löhne ein positiver Standortfaktor

seien. „Die geringen Löhne sind offenbar kein Grund für die Unternehmen, Arbeitsplätze zu schaffen“, so der Arbeitsmarktpolitiker. Stattdessen würden in Thüringen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze stetig abgebaut. Somit bestehe ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den niedrigen Löhnen, der dadurch verursachten geringen Kaufkraft und dem Verlust von Arbeitsplätzen in Thüringen. „Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung hat diese Entwicklung begünstigt“, sagte Pilger. Seit Jahren habe sie die Entwicklung des Landes hin zum bundesdeutschen Niedriglohnland betrieben. „Mit dieser Spirale nach unten zu Lasten der Arbeitnehmer und von deren Familien muss endlich Schluss sein“, fordert Pilger und erinnerte daran, dass SPD-Chef Matschie erst kürzlich die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Höhe von 7,20 Euro pro Stunde gefordert hatte.

SPD-Abgeordnete zeigten Flagge gegen Neonazis

Gemeinsam mit vielen Erfurtern und Gästen protestierten die SPD-Landtagsabgeordneten Birgit Pelke, Andreas Bausewein und Heiko Gentzel gegen den Aufmarsch von etwa 200 NPD-Anhängern am 25. Juni in der Landeshauptstadt. Viele Erfurter, aber auch Auswärtige waren dem Aufruf von Parteien, der Stadtverwaltung und der Gewerkschaften gefolgt und hatten ihrer Wut über den unerwünschten „Besuch“ der Nazis mit einem Pfeifkonzert aus Trillerpfeifen Luft gemacht. Gentzel, der in der Fraktion als innenpolitischer Sprecher fungiert, hatte sich erst vor wenigen Mo-



naten in der Fraktion für ein „Null-Toleranz-gegen-Rechts“-Programm stark gemacht. Es war von der CDU-Mehrheit im Plenum abgelehnt worden.

Foto: Frey

Polizeischüsse: Ausbildung muss verbessert werden

Als äußerst bedenklich bewertet der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Heiko Gentzel, dass in den Jahren 2000 bis 2004 in Thüringen 39-mal unabsichtlich Schüsse aus Polizeiwaffen ausgelöst wurden. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf seine parlamentarische Anfrage zum Schusswaffengebrauch bei der Polizei hervor. „Die hohe Zahl unabsichtlicher Schüsse muss Folgen für die Ausbildung von Polizisten haben“, forderte Gentzel.

Weiter stellt Gentzel in Auswertung der Ausführungen der Landesregierung fest, dass es in Thüringen keine exzessive Anwendung von Schusswaffen durch die Polizei gebe. Die Zahlen lägen im Bundesdurchschnitt.

Dreieinigkeit von Hausfrau, Heim und Herd

ANHÖRUNG ZUR „FAMILIENOFFENSIVE“: REGIERUNG PLANT MASSIVE KÜRZUNGEN

An deutlichen Worten sparten die Anzuhörenden bei der Veranstaltung der SPD-Fraktion mit von 160 Zuhörern nicht: Bei der CDU-Familienoffensive handele es sich zumindest um eine „Mogelpackung“, die sich als handfestes Desaster für Thüringens Familien auswachsen werde.

Dr. Kurt Herzberg vom Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen bemängelte, dass das Papier keine Aussagen darüber mache, wie die Betreuung der Kinder unter 2 Jahren aussehe und ob es auch künftig Möglichkeiten der sozialen Staffelung der Elternbeiträge gebe. Hart ins Gericht mit den Plänen der Regierung ging Heron Sünderhauf vom Thüringer Elternverband. „Indem die Regierung die Eltern schröpft, werden sie indirekt dafür bestraft, dass sie Kinder haben“, so Sünderhauf. Es handele sich um eine schön verpackte Mogelpackung ohne Inhalt - die Mehrzahl der Thüringer Familien gerate damit ins familienpolitische Abseits. Sünderhauf nannte in diesem Zusammenhang weitere Vorhaben der Regierung, so zum Beispiel die geplante Kommunalisierung der Grundschulhorte, die Kürzung beim

Essengeldzuschuss und die Abschaffung der Lernmittelpauschale. Mit den 150 Euro Erziehungsgeld, die die Landesregierung künftig für Kinder im 3. Lebensjahr zahlen will, solle die Regierung letztendlich für eine Rückkehr der Frauen und die „Dreieinigkeit von Hausfrau, Heim und Herd“. Die Entlassung von circa 1000 Erzieherinnen in den Kindergärten sei so gut wie vorprogrammiert.

Bettina Löbl vom Thüringer Landeselternverband sagte, dass es sich bei der Familienoffensive um ein handwerklich fehlerhaftes und wenig durchdachtes Sparmodell handele. Auf lange Sicht werde es zu Schließungen von Kindereinrichtungen bzw. höheren Elternbeiträgen kommen.

Gleich von zwei Seiten nimmt die Familienoffensive das bewährte Kindergartensystem in die Zange, und zwar über das Konzept „Bildung und Betreuung von zwei bis 16“ und das damit verbundene Aus für die Grundschulhorte, und andererseits über Veränderungen in den Bereichen Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen.

Neben der langfristigen Abschaffung der Grundschulhorte will die Regierung Althaus über die Familienoffensive folgende

Einschnitte im Kindergartensystem durchsetzen: Die Landesregierung kürzt ihren Zuschuss für die Kindertagesstätten, und zwar insgesamt jährlich um mindestens 36 Millionen Euro. Steigende Kita-Gebühren und Schließung von Einrichtungen sind damit unausweichlich. Zwar will Althaus über eine gesetzliche Passage stabile Elternbeiträge bis 2008 bei den Kitas garantieren, was darüber hinaus passiert, ist jedoch völlig offen. Keinen Hehl daraus macht der zuständige Kultusminister, dass die Schließung von Einrichtungen von der Regierung nicht nur billigend in Kauf genommen, ja sogar gewünscht wird: Strukturanpassung heißt das in der Regierungssprache.

Insofern sind das großzügigere Landeserziehungsgeld (150 Euro im 3. Lebensjahr und für jedes weitere Kind 50 Euro mehr), die kommunale Investitionspauschale von 1000 Euro pro Neugeborenem sowie die 100 Euro pro Kind und Monat vom Land als Zuschuss für die Kitas nichts anderes als Beruhigungspillen: In Wirklichkeit handelt es sich um eine groß angelegte Offensive gegen Familien überhaupt. Denn nur ein Bruchteil der vermeintlichen familienpolitischen Wohltaten geht wirklich an die Familien.

Patenschaft für Steppenadler



Ein eigenes Patentier - einen Steppenadler - hat die SPD-Fraktion seit Anfang Juli im Erfurter Zoopark. 500 Euro werden gebraucht, damit der Adler ein Jahr lang im Zoo gehegt werden kann. Bei einem Besuch im Zoopark nahmen Frak-

tionsvorsitzender Matschie und Vorstandmitglied Birgit Pelke Kontakt zu dem Vogel auf, der sich gerne aus der Nähe bestaunen ließ. Zooparkdirektor Neuschulte überreichte eine Urkunde zum Beginn der Patenschaft.

Abgeordnete besuchten Oberhof

ENTWICKLUNG DER TOURISMUS-METROPOLE WAR THEMA

VON ANNE FROMM

Die Entwicklung des Tourismus- und Wintersportzentrums ist bereits seit längerem ein häufig diskutiertes Thema in der SPD-Landtagsfraktion. Dies zum Anlass nehmend, trafen sich Mitte Juni Wirtschafts-, Innen- und Umweltpolitiker der Fraktion zu einer auswärtigen Arbeitskreissitzung in Oberhof. Bei einem Gespräch mit dem Bürgermeister der Stadt, Dr. Hartmut Gobel, ging es vor allem um die in der Öffentlichkeit diskutierte Eingemeindung Oberhofs nach Zella-Mehlis und einen eventuellen Schuldenerlass der 1600 Einwohner zählenden Stadt. Die Teilnehmer waren sich darüber einig, dass dringender Handlungsbedarf bezüglich Oberhofs Entwicklung bestünde. Heiko Gentzel, innenpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, forderte, dass „Thüringer Leuchttürme“ wie die Stadt Oberhof unbedingt gefördert werden müssen.

Im „Haus des Gastes“ trafen die Fraktionsmitglieder auf die Geschäftsführerin der Tourismus GmbH, Kerstin Heß, die darüber berichtete, dass die Stadt zunehmend auch im Sommer Gäste anlocke. Tausende Besucher seien beispielsweise

zum Peter-Maffay-Konzert vor wenigen Wochen in die Rennsteigarena gekommen. Dennoch merkte Kerstin Heß kritisch an, dass gerade durch die verschiedenen Strukturen im Land, ihren Vorhaben oftmals Steine in den Weg gelegt werden. Laut Heß, plane man gerade ein umfangreiches Mountainbikeprogramm im Thüringer Wald mit acht verschiedenen Routen um Oberhof. „Die Durchsetzung dieses Programms ist allerdings nicht leicht, da natürlich jeder einzelne Kreisverband mit einbezogen werden muss“, schilderte sie die Schwierigkeiten. Wolfgang Filbrich, Leiter des Bundesleistungszentrums, lud anschließend zum Treffen im Olympiastützpunkt, wo der für Oberhof so wichtige Wintersport beleuchtet wurde. Nachwuchsförderung, Strukturen und Aufbau des Wintersportvereins Oberhof sowie die Trainingsgegebenheit standen auf der Tagesordnung. Sportprominenz durften die Abgeordneten bei der Besichtigung der Rennsteigarena bestaunen: Dort trainierte gerade Olympiasiegerin Kati Wilhelm.

Anne Fromm (18) hat gerade Abitur gemacht und absolvierte ein Praktikum bei der SPD-Fraktion.

Schmidt spricht über Verantwortung der Generationen

„Wie können wir den demografischen Wandel meistern?“ ist das Thema einer weiteren Veranstaltung der Reihe „Bildung 21“ am Donnerstag, 1. September 2005. Die SPD-Fraktion, die die



Renate Schmidt

Reihe im Jahr 2001 ins Leben gerufen hatte, hat diesmal Bundesfamilienministerin Renate Schmidt als Referentin gewonnen. Schmidt vertritt die These, dass auch in einer alternden Gesellschaft Innovationsfähigkeit, Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit erhalten werden können, vorausgesetzt, alle Generationen fühlen sich verantwortlich. Die öffentliche Veranstaltung mit anschließender Diskussion beginnt am Donnerstag, 1. September, um 19 Uhr im Foyer des Funktionsgebäudes des Thüringer Landtages.

Thüringen-Quiz: Erster Preis geht nach Erfurt

Den ersten Preis beim Thüringen-Quiz der SPD-Landtagsfraktion am Tag der offenen Tür am 11. Juni hat Anetta Schulz aus Erfurt gewonnen. Auf Einladung von Sabine Doht, der tourismuspolitischen Sprecherin der Fraktion, wird Frau Schulz gemeinsam mit ihrer Familien Anfang September die „mini-a-Thür“-Ausstellung in Ruhla besuchen. Anschließend geht's zum Mittagessen in ein Ruhlaer Gasthaus.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Uwe Höhn, Parlamentarischer Geschäftsführer;
Satz: GUM-Werbung, Erfurt; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt
Redaktionsschluss: 20.07.2005

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 6.500 Exemplaren.

Nicht für Parteizwecke und Werbung!